



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Kinderrechte im Parlament – Rückschau auf die Sommersession 2019

Im **Nationalrat** sind während der Sommersession verschiedene kinderrechtlich relevante Vorstösse behandelt worden. Besonders hervorzuheben ist die von der Kommission für Wissenschaft und Bildung verlangte [Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung der frühen Förderung](#). Der Nationalrat hat das Postulat knapp angenommen und der Bundesrat muss nun eine Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung der frühen Förderung erarbeiten.

Weiter hat sich der Nationalrat für einen indirekten Gegenvorschlag zur [Konzernverantwortungsinitiative](#) ausgesprochen, der Sorgfaltspflichten und Haftungsregeln fordert. Dagegen stellten sich die Mehrheit der SVP- und der FDP-Fraktion. Nun ist wieder der Ständerat am Zug, der einen Gegenvorschlag abgelehnt hatte. Ob sich das Parlament am Ende auf Regeln einigen kann, ist ungewiss: Die Mitteparteien wünschen einen wirtschaftsfreundlichen Gegenvorschlag, SP und Grüne wollen strenge Regeln. Über die Initiative wird der Nationalrat erst entscheiden, wenn der Gegenvorschlag steht oder gescheitert ist. Die Initiative verlangt, dass Unternehmen mit Sitz, Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung in der Schweiz verpflichtet werden, regelmässig eine Sorgfaltsprüfung zu den Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auf Menschenrechte und Umwelt durchzuführen. Dies betrifft auch die Rechte von Kindern, beispielsweise das Verbot von Kinderarbeit.

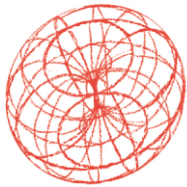
Im Bildungsbereich hat sich der Nationalrat für zwei Impulsprogramme zur Digitalisierung ausgesprochen: eines [zur Verbreitung von Projekten wie Lernrobotern](#) an Schulen [und eines für die Forschung](#). Er hat zwei Motionen seiner Bildungskommission angenommen. Als nächstes wird der Ständerat entscheiden.

Im **Ständerat** standen familienpolitische Vorstösse im Zentrum. Einerseits hat sich nach dem Nationalrat auch der Ständerat für eine [Erhöhung des Abzugs für Kinderbetreuung](#) von 10'100 CHF auf 25'000 CHF ausgesprochen. Andererseits hat der Ständerat im Zusammenhang mit der Volksinitiative für einen Vaterschaftsurlaub für den [indirekten Gegenvorschlag](#) von 2 Wochen Urlaub entschieden. Sowohl die [Volksinitiative für vier Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub](#), als auch die [parlamentarische Initiative von Nationalrat Caroni](#) lehnte er ab. Als nächstes befindet der Nationalrat über Gegenvorschlag und Volksinitiative.

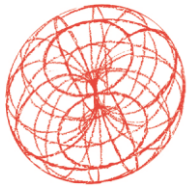
Weitere Geschäfte und Vorstösse mit kinderrechtlichen Aspekten, finden Sie in der ausführlichen Rückschau. Die Debatten dazu können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



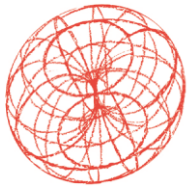
Datum	Nationalrat	Ständerat
04.06.2019	-	<p>16.408 (Parlamentarische Initiative Jositsch): Mindeststrafen bei sexuellen Handlungen gegenüber Kindern unter 16 Jahren.</p> <p>Sexuelle Handlungen gegenüber Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren können gemäss Artikel 187 StGB relativ milde bestraft werden (bis zu Geldstrafe), wobei nicht unterschieden wird, welches Alter das Opfer hat. Verübt der Täter gleichzeitig ein anderes Sexualdelikt (z. B. Art. 189 oder 190), dann öffnet sich zwar der obere Strafrahmen (bis 15 Jahre), die Mindeststrafe bleibt aber unverändert. Der Vorstoss hat zum Ziel, erstens zwischen Taten gegenüber Jugendlichen unter 16 und gegenüber Kindern unter 12 Jahren zu unterscheiden, zweitens für Sexualhandlungen gegenüber Opfern dieser Altersgruppen Mindeststrafen vorzusehen. Beide Kommissionen für Rechtsfragen haben dem Vorstoss Folge gegeben.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat beschloss eine Fristverlängerung für die Vorlage bis zur Sommersession 2021.



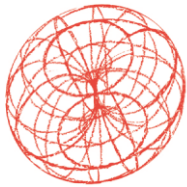
05.06.2019	<p><u>19.3417</u> (Postulat WBK-N): Strategie zur Stärkung der Frühen Förderung.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, eine Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung der Frühen Förderung von Kindern in der Schweiz zu erarbeiten. Allerdings stellt sich die Frage, wie und wo das Engagement des Bundes nötig ist. So ist nicht klar, wo Defizite bestehen und welche ergänzenden Massnahmen der Bund ergreifen soll. Es stellen sich auch Fragen der Zuständigkeit und zur Abgrenzung gegenüber anderen Themenbereichen. Mit dem Postulat werden eine Auslegeordnung, in der Defizite benannt werden, sowie eine Strategie zur Verbesserung der Situation inklusive Finanzierung erwartet. Schliesslich ist aufzuzeigen, welche gesetzlichen Anpassungen hierfür notwendig sind.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat hat das Postulat mit 87 zu 85 Stimmen angenommen. Der Bundesrat muss nun eine Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung der frühen Förderung erarbeiten. <p><u>18.4216</u> (Postulat Fehlmann Rielle): Zuckerhaltige Getränke und Adipositas. Es muss etwas getan werden!</p> <p>Die Postulantin beauftragt den Bundesrat mit der Vorlage, gegenüber den Herstellerinnen zuckerhaltiger Getränke aktiv zu werden, damit sie den Zuckergehalt ihrer Produkte signifikant verringern (auf weniger als 5 Prozent), oder andere Massnahmen vorlegen, die in der Lage sind, den Zuckergehalt dieser Produkte zu verringern. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat hat das Postulat mit 118 zu 51 Stimmen abgelehnt. Das Geschäft ist somit erledigt.	-
------------	--	---



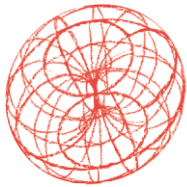
	<p><u>17.3281</u> (Postulat Rickli): Aufarbeitung des Falls Jürg Jegge und weiterer Missbrauchsfälle im Lichte der Reformpädagogik.</p> <p>Der Bundesrat wird aufgefordert, in einem Bericht den Fall Jürg Jegge und weitere Missbräuche von Pädokriminellen und entsprechende Vorfälle in Institutionen während der Sechziger- bis Achtzigerjahre im Lichte der Reformpädagogik aufzuarbeiten. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat hat das Postulat mit 95 zu 76 Stimmen abgelehnt. Die Verantwortung für die Aufbereitung der Fälle liege bei den Kantonen. Das Geschäft ist somit erledigt. <p><u>17.3323</u> (Motion Heim): Krankenkassenprämien. Eltern bleiben Schuldner der nichtbezahlten Prämien der Kinder.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 64a des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) dahingehend zu ändern, dass die Eltern Schuldner der Prämie des gemäss GB, Artikel 277 Absätze 1 und 2, unterhaltsberechtigten Kindes sind und dies auch bleiben, wenn die Unterhaltspflicht weggefallen ist. Kinder sollen nicht nachträglich für unterlassene Prämienzahlungen der Eltern belangt werden können.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat hat die Motion mit 174 zu 2 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Die Motion geht nun in den Ständerat. Der Bundesrat empfiehlt zwar die Ablehnung der Vorlage, ist aber mittlerweile bereit, dem Parlament eine Gesetzesanpassung vorzulegen.	
--	--	--



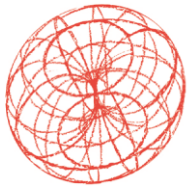
	<p><u>17.3382</u> (Postulat Marti): Einführung des Jugendkultur-gutscheins. Demokratische Bildung und Kultur stärken.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, die Einführung eines schweizerischen Jugendkultur-gutscheins zu prüfen. Der Kultur-gutschein wird jeder Einwohnerin und jedem Einwohner dieses Landes zum 16. Geburtstag geschenkt. Er berechtigt zum Bezug von kulturellen Leistungen im Gegenwert eines bestimmten Betrags. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat hat das Postulat mit 128 zu 48 Stimmen abgelehnt. Das Geschäft ist somit erledigt.	
11.06.2019	<p><u>17.510</u> (Parlamentarische Initiative Rickli): Die Altersgrenze für die Unverjährbarkeit sexueller Straftaten auf 16 Jahre erhöhen.</p> <p>Mit der Gesetzesänderung will die Initiantin die Altersgrenze für die Unverjährbarkeit von Straftaten, die an Kindern begangen wurden, auf 16 Jahre erhöhen. Heute liegt diese bei 12 Jahren. Die nationalrätliche Kommission für Rechtsfragen beantragt, der Initiative keine Folge zu geben.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat gab der Initiative keine Folge, das Geschäft ist somit erledigt.	-



11.06.2019	<p><u>17.513</u> (Parlamentarische Initiative Amstutz): Den Familiennachzug von vorläufig Aufgenommenen befristet stoppen.</p> <p>Mit der Initiative wird gefordert, dass der Familiennachzug von vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen (Art. 85 Abs. 7 AuG) bis drei Jahre nach Inkrafttreten des "Moratoriums für Familiennachzug" ausgesetzt wird. Nach Ablauf der drei Jahre ist die Situation durch den Bundesrat neu zu beurteilen und dem Parlament Antrag zu stellen. Die staatspolitische Kommission des Nationalrats beantragt der Initiative keine Folge zu geben.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat gab der Initiative keine Folge, das Geschäft ist somit erledigt. <p><u>17.308</u> (Standesinitiative Kanton Neuenburg): Für ein Bundesgesetz über zuckerhaltige Produkte und für einen beschränkten Zugang zu Nahrungsmitteln mit hohem Energiegehalt.</p> <p>Die Bundesversammlung wird aufgefordert zu prüfen, ob es zweckmässig ist, ein Spezialgesetz zu zuckerhaltigen Produkten zu erlassen, und allfällige nützliche Gesetzesanpassungen vorzunehmen, um die Diabetes- und Fettleibigkeits-epidemie wirksamer bekämpfen und die dafür zur Verfügung stehenden Mittel aufstocken zu können.</p> <ul style="list-style-type: none">- Mit dem Gesetz soll eine Steuer auf den bei der Herstellung zugesetzten Zucker eingeführt werden.- Sämtliche Einnahmen aus dieser Steuer sollen zur Prävention der durch Zucker- und Süsstoffkonsum bedingten Erkrankungen verwendet werden.	
------------	--	--



11.06.2019	<p>- Im Gesetz soll definiert werden, welche Berufsgruppen der Zuckersteuer unterliegen und welche davon befreit sind.</p> <p>- Die Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV) soll dahingehend geändert werden, dass sie für die Abgabe von Nahrungsmitteln mit hohem Energiegehalt und für die einschlägige Werbung Beschränkungen vorsieht.</p> <p>Der Ständerat gab der Vorlage keine Folge.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Nach dem Ständerat gibt der Vorlage auch der Nationalrat mit 121 zu 43 Stimmen bei 3 Enthaltungen keine Folge. Die Vorlage ist somit erledigt. <p><u>18.4252 (Postulat Feri):</u> Parlamentarische Arbeit auf Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik prüfen.</p> <p>Die Vorlage fordert das Büro aufzuzeigen, was für abweichende Varianten zum heutigen System möglich und sinnvoll wären, um die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik zu erleichtern. Der Bericht soll insbesondere den Fokus auf die Vereinbarkeit von Politik und den weiteren Beschäftigungen (Beruf, Betreuungsarbeit, Ausbildung, Nebenämter usw.) der Parlamentarierinnen und Parlamentarier legen. So, dass die Milizarbeit auch wirklich als solche gelebt werden kann. Das Büro beantragt die Annahme des Postulats.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat hat das Postulat mit 109 zu 62 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.	
------------	---	--



11.06.2019	<p><u>18.4370</u> (Postulat Kälin): Ersatz für Parlamentarierinnen und Parlamentarier bei Mutterschaft, Vaterschaft und längerer Krankheit.</p> <p>Das Büro wird gebeten, in einem Bericht mögliche Varianten für eine Stellvertreterlösung für Parlamentarierinnen und Parlamentarier während des Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaubs und bei längerer Krankheit zu erarbeiten. Insbesondere soll aufgezeigt werden,</p> <ol style="list-style-type: none">1. welche rechtlichen und verfassungsmässigen Anpassungen gemacht werden müssten für eine gewählte Stellvertreterlösung,2. für eine vorübergehende Delegation des Mandates oder ob3. auch pragmatische Lösungen ohne gesetzliche Anpassungen angeboten werden könnten. <p>Das Büro beantragt die Ablehnung der Vorlage.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat hat das Postulat mit 125 zu 54 Stimmen abgelehnt. Das Geschäft ist somit erledigt.	
12.06.2019	<p><u>18.3103</u> (Postulat Masshardt): Kindergutschrift statt Kinderabzug bei den Steuern.</p> <p>Der Bundesrat wird gebeten, zu prüfen und in einem Bericht aufzuzeigen, wie unser heutiges System mit steuerlichen Abzugsmöglichkeiten (Kinderabzüge) durch ein Kindergutschrift-System ersetzt werden könnte. Ziel ist, dass jede Familie, unabhängig von Lebensform und Einkommen, für jedes Kind eine Gutschrift erhält. Im Gegenzug sollen die heute geltenden Kinderabzüge gestrichen werden. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Wurde im Rat noch nicht behandelt.	-



13.06.2019	<p><u>17.060</u> (Geschäft des Bundesrates): Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative.</p> <p>Die Initiative verlangt, dass Unternehmen mit Sitz, Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung in der Schweiz verpflichtet werden, regelmässig eine Sorgfaltsprüfung zu den Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auf Menschenrechte und Umwelt durchzuführen. Über das Ergebnis dieser Prüfung sollen sie Bericht erstatten. Verletzt ein Schweizer Unternehmen Menschenrechte oder Umweltstandards, so soll es für den Schaden aufkommen, auch wenn dieser durch eine Tochtergesellschaft im Ausland verursacht worden ist. Schweizer Unternehmen würden damit also auch für Tätigkeiten von Unternehmen haften, die sie wirtschaftlich kontrollieren, ohne direkt am operativen Geschäft beteiligt zu sein. Der Bundesrat anerkennt zwar das Anliegen, will aber einen anderen Weg gehen und setzt auf ein international abgestimmtes Vorgehen und auf bereits existierende Instrumente. Er beantragt dem Parlament daher, die Initiative ohne Gegenentwurf und ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Der Nationalrat hat sich für einen Gegenvorschlag ausgesprochen, der Ständerat hat sich jedoch dagegen entschieden. Nun ist wieder der Nationalrat am Zug.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat hat sich mit 109 zu 69 Stimmen bei 7 Enthaltungen für einen indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative ausgesprochen, die Sorgfaltspflichten und Haftungsregeln fordert. Dagegen stellten sich die Mehrheit der SVP- und der FDP-Fraktion. Nun ist wieder der Ständerat am Zug, der einen Gegenvorschlag abgelehnt hatte. Ob sich das	<p><u>18.050</u> (Geschäft des Bundesrates): Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten.</p> <p>Bei der direkten Bundessteuer (DBST) sollen Eltern künftig die Kosten für die Kinderdrittbetreuung bis maximal 25'000 Franken pro Jahr und Kind vom Einkommen abziehen können. Heute liegt der Betrag bei 10'100 Franken. Im Vorentwurf wollte der Bundesrat zudem auch festlegen, dass die Kantone einen Abzug von mindestens 10'000 Franken bei den Kantonssteuern gewähren müssen. Dies wurde jedoch nach Kritik der Kantone im Rahmen der Vernehmlassung wieder aus der Vorlage gelöscht.</p> <p>Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats hat der Vorlage mit 11 zu 8 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt. Die Vorlage steht im Zusammenhang mit der Fachkräfteinitiative und soll insbesondere die Erwerbsbeteiligung von Frauen fördern.</p> <p>Der Nationalrat hat das Geschäft bereits angenommen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat für den höheren Abzug für die Kinderbetreuung ausgesprochen. Einzig die SP hielt die Massnahme für unbrauchbar und sprach sich in einem Antrag für einen Systemwechsel hin zu einem Kinderabzug statt einer Steuergutschrift aus, was im Rat chancenlos war. Im Gegensatz zum Nationalrat ist der Ständerat gegen eine zusätzliche Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs von 6'500 CHF auf 10'000 CHF. Mit dieser Differenz geht die Vorlage zurück an den Nationalrat.
------------	---	--

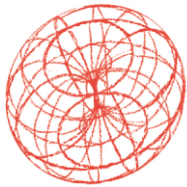


Parlament am Ende auf Regeln einigen kann, ist ungewiss: Die Mitteparteien wünschen einen wirtschaftsfreundlichen Gegenvorschlag, SP und Grüne wollen strenge Regeln. Über die Initiative wird der Nationalrat erst entscheiden, wenn der Gegenvorschlag steht oder gescheitert ist.

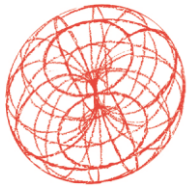
17.3375 (Motion Regazzi): Pädophilen soll der Pass entzogen werden.

Der Bundesrat wird beauftragt, die erforderlichen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen, damit den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, die wegen Pädophilie verurteilt sind (insbesondere Art. 187 des Strafgesetzbuches), der Pass entzogen wird, um zu verhindern, dass sie ins Ausland reisen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

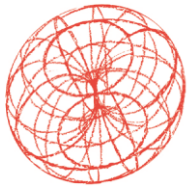
- Der Nationalrat nahm die Motion mit 86 zu 68 Stimmen bei 21 Enthaltung an. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.



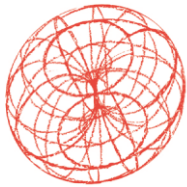
14.06.2019	<p>18.3846 (Postulat Lohr): Tägliche Sport- und Bewegungsaktivitäten im Kindes- und Jugendalter.</p> <p>Gemäss den Bewegungsempfehlungen der World Health Organization sollen sich Kinder und Jugendliche täglich mindestens eine Stunde mit mittlerer bis hoher Intensität bewegen. Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, inwiefern die Sportförderung in der Schweiz diese Zielsetzung erreicht. Dabei interessieren insbesondere die Antworten auf folgende Fragen:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Welche Massnahmen, Programme und Initiativen bestehen in der Schweiz, um die sportlichen Aktivitäten im Kindes- und Jugendalter zu fördern?2. Gibt es Bereiche und Zielgruppen, die im aktuellen System der Sportförderung zu wenig gut erreicht werden?3. Verfügen andere Länder über wirksame sportliche Fördermassnahmen, die auf die Schweiz übertragbar sind? <p>Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat stimmt dem Postulat mit 105 zu 56 Stimmen bei 15 Enthaltungen zu.	-
19.06.2019	<p>17.3500 (Postulat Reynard): Chancengerechtigkeit. Welchen Einfluss hat das Schulsystem?</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen den Einfluss der kantonalen Schulsysteme auf die Verringerung von Ungleichheiten zu evaluieren, indem er sich auf die in den 26 Kantonen existierenden Praktiken stützt und jene Elemente bestimmt, die eine Verringerung der Ungleichheiten im Bildungsbereich ermöglichen. Dies könnte im Rah-</p>	-



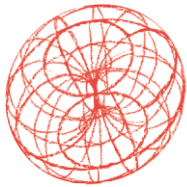
	<p>men des Bildungsmonitorings geschehen, wobei der Schwerpunkt auf Längsschnitt- und Kohortenstudien zu legen wäre, die sich mit der Problematik der Chancengerechtigkeit ("Equity") in unserem Bildungssystem befassen. Solche Studien fehlen zurzeit noch.</p> <p>Der Bundesrat beantragt die Ablehnung dieses Postulats.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Das Postulat wird abgeschrieben, weil es nicht innerhalb zweier Jahre im Rat behandelt worden ist.➤	
20.06.2019	<p>Gemeinsame Behandlung der Geschäfte 19.3009, 19.3010</p> <p>19.3009 (Motion WBK-N): Impulsprogramm zur Verbreitung innovativer Digitalisierungsprojekte im Bildungsbereich.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für ein Impulsprogramm zur Verbreitung innovativer Digitalisierungsprojekte im Bildungsbereich zu schaffen. Über eine Plattform sollen bereits entwickelte "Good Practices" im gesamten Bildungsraum Schweiz - insbesondere auch über die Sprachgrenzen hinweg - ausgetauscht und weiterverbreitet werden. Zu verbreiten sind neue, technisch gestützte Bildungsformate, wie sie an den Hochschulen und insbesondere im neuen Lernzentrum (LEARN) der EPFL und an der ETH Zürich entwickelt werden. Die Realisierung soll in engster Abstimmung auf die im Dezember 2018 lancierte Plattform "digitalinform.swiss" erfolgen.</p> <p>19.3010 (Motion WBK-N): Lancierung eines Digitalisierungs-Impulsprogramms für Eidgenössische und Kantonale Universitäten, Fachhochschulen, Berufsbildung und Weiterbildung.</p>	<p>Gemeinsame Behandlung der Geschäfte 18.441, 18.052, 18.444:</p> <p>18.441 (Parlamentarische Initiative SGK): Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative.</p> <p>Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reicht die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates folgende parlamentarische Initiative als indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative "Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie" mit folgenden Eckwerten ein:</p> <ul style="list-style-type: none">- Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen;- zu beziehen in den ersten sechs Monaten nach der Geburt des Kindes (tageweiser Bezug möglich);- zu regeln im Obligationenrecht;- finanziert über die Erwerbersatzordnung. <p>18.052 (Geschäft des Bundesrats): Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie. Volksinitiative.</p>



	<p>Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen für ein zeitlich befristetes Impulsprogramm Digitalisierung zu schaffen, damit die in der "Strategie Digitale Schweiz" des Bundesrats für die Bereiche "Bildung, Forschung und Innovation" (BFI) formulierten Ziele erreicht werden können. Es ist dazu eine separate, von der BFI-Botschaft unabhängige Vorlage zu unterbreiten, welche die von den Eidgenössischen und Kantonalen Hochschulen, den Fachhochschulen, der Berufsbildung und der Weiterbildung zu erreichenden Ziele und die dazu seitens des Bundes befristet zur Verfügung zu stellenden finanziellen Mittel erwähnt.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat fordert zwei Impulsprogramme zur Digitalisierung: eines zur Verbreitung von Projekten wie Lernrobotern an Schulen und eines für die Forschung. Er hat zwei Motionen seiner Bildungscommission angenommen. Der Nationalrat hiess die Vorstösse mit 118 zu 62 beziehungsweise 61 Stimmen bei jeweils einer Enthaltung gut. Diese gehen nun an den Ständerat. <p><u>19.3418</u> (Motion WBK-N): Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, in seiner nächsten BFI-Botschaft Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität (z. B. Stipendien, Weiterbildung, Grundkompetenzen, höhere Berufsbildung, Sprachförderung) vorzusehen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorlage ist im Rat noch nicht behandelt worden.	<p>Die Initiative will dem Bund die Aufgabe übertragen, eine Vaterschaftsversicherung einzurichten. Sie verlangt, dass Väter einen gesetzlichen Anspruch auf einen mindestens vierwöchigen Vaterschaftsurlaub erhalten, der über die Erwerb ersatzordnung (EO) entschädigt würde. Der Einkommensersatz würde wie bei der Mutterschaftsentschädigung 80 Prozent des Einkommens betragen, aber höchstens 196 Franken pro Tag. Ein solcher Urlaub würde schätzungsweise 420 Millionen Franken pro Jahr kosten. Dieser Betrag entspricht einem EO-Beitragsatz von 0,11 Prozent. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Initiative.</p> <p><u>18.444</u> (Parlamentarische Initiative Caroni): Vaterschaftsurlaub. Do it yourself!</p> <p>Artikel 329c OR sei so zu ergänzen, dass ein Arbeitnehmer das Recht erhält, auf Wunsch seine gesetzlichen Ferien (vgl. Art. 329a Abs. 1 OR) innerhalb eines bestimmten Zeitraums um die Geburt seines Kindes herum zu beziehen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat wählt beim Vaterschaftsurlaub den Kompromiss: er hat sich mit 26 zu 16 Stimmen für zwei Wochen Urlaub ausgesprochen. Die Volksinitiative, die vier Wochen forderte, lehnt er mit 29 zu 14 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Die Volksvorlage und der Gegenvorschlag gehen nun an den Nationalrat. Keine Folge hat der Ständerat der parlamentarischen Initiative Caroni gegeben. Er lehnte die Vorlage mit 33 zu 7 Stimmen ab.
--	---	--



		<p><u>19.3405</u> (Interpellation Noser): Wer schliesst die Lücken im Bereich Kinderrechte?</p> <p>Die primären Rechtsvertretungen für Kinder sind in der Regel die Eltern. Manchmal können die Eltern ihre Verantwortung aber nicht mehr wahrnehmen - sei es wegen Interessenkonflikten im Zusammenhang mit umstrittenen Scheidungen, des Tods der Eltern oder des Entzugs des Sorgerechts. In solchen Situationen ist das Recht der Kinder auf Information und Beratung, auf Gehör und auf Schutz bedroht. Der Bundesrat hat sich bis anhin gegen eine Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche ausgesprochen, die die Kinderrechte schützen könnte. In seiner Antwort auf die Motion 14.3758 verweist er auf eine "Vielzahl von Akteuren", die "Teilaufgaben einer solchen Ombudsstelle" wahrnehmen, und empfiehlt mehr Koordination. Mit verschiedenen Fragen an den Bundesrat weist der Interpellant auf Lücken hin.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorlage ist im Rat noch nicht behandelt worden. <p><u>18.321</u> (Standesinitiative Genf): Stopp der Administrativhaft für Kinder!</p> <p>Der Grosse Rat des Kantons Genf fordert die Bundesversammlung auf, das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG; SR 142.20) dahingehend zu ändern, dass die Administrativhaft für Minderjährige in der Schweiz verboten ist.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorlage ist im Rat noch nicht behandelt worden.
--	--	--



21.06.2019	<p>17.3553 (Postulat Von Siebenthal): Unzulässige Verschreibung von Neuroleptika an Kinder.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die Verschreibung von Antipsychose-Medikamenten (Neuroleptika) an Kinder als Off-Label-Anwendung zu untersagen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Das Postulat wurde abgeschrieben, weil es nicht innerhalb zweier Jahre im Rat behandelt worden ist.	-
------------	--	---